

- JC:** FARCE trat als Protestpartei auf den Plan, mit der Absicht, die Abschottungspolitik der damaligen Regierung zu beenden und das Land wieder nach außen hin zu öffnen. Dabei hatten die Mitglieder von FARCE das Wohl und den Wohlstand der Bevölkerung im Sinn, die immer mehr unter dem wirtschaftlichen Niedergang zu leiden hatte. Doch die Gruppe war viel zu unerfahren auf dem politischen Parkett.
- PS:** Die hätten wohl besser bei Ihnen Rat suchen sollen, was?
- JC:** Ein Berater hätte sicher nicht geschadet. So jedoch war es für die Regierung leicht, FARCE in Misskredit zu bringen und die Bevölkerung, die anfangs große Sympathien für die Gruppe hegte, gegen sie aufzubringen. Ein paar gezielte Verleumdungen genügten, um –
- PS:** Moment! Wollen Sie damit sagen, dass die Regierung eine Schmutzkampagne *erfunden* hat, um FARCE loszuwerden?
- JC:** Dafür gibt es mittlerweile genügend Beweise. Es war nicht schwer, den Mitgliedern von FARCE Dinge zu unterstellen, die sie nicht

getan hatten. Keiner der FARCE-Leute wusste, wie man sich gegen so etwas zur Wehr setzt. Letztlich brachten diese Anschuldigungen sogar zwei von ihnen ins Gefängnis.

**PS:** Und der Rest ging in den Untergrund oder sagte sich los.

**JC:** Richtig. Das Handeln der damaligen Regierung, gepaart mit der Unerfahrenheit der FARCE-Mitglieder, hat diese Gruppe zu Terroristen gemacht.

**PS:** Dann halten Sie FARCE also für ein Opfer der Regierung?

**JC:** Eher für ein Opfer ihrer eigenen Überzeugungen. Das Ziel von FARCE war es, in diesem Land eine Veränderung herbeizuführen. Als sie das nicht mehr auf legalem Wege schaffen konnten, nutzten sie die einzige Möglichkeit, die ihnen blieb: Sie versuchten, die Regierung durch Terror zum Rücktritt zu zwingen.

**PS:** Hat so etwas schon einmal funktioniert?

**JC:** Nein. Keine Regierung wird unter Terror freiwillig das Feld räumen. Sie wird nur andere Maßnahmen zur Bekämpfung

ergreifen.

**PS:** Was sie dann auch getan hat.

**JC:** Die großflächige Zerstörung der Strominfrastruktur wäre schon Grund genug für eine endgültige Zerschlagung von FARCE gewesen. Nach den darauffolgenden Anschlägen auf San Francisco und Oakland musste die Regierung ihre volle Schlagkraft und Entschlossenheit unter Beweis stellen. Den Sicherheitsbehörden blieb gar keine andere Alternative, als FARCE zu eliminieren.

*Auszug aus ›Aufstieg und Fall von FARCE‹.  
Interview von Pete Smith (PS/Global News) mit  
Josh Callaghan (JC/Dozent für Politikwissenschaft)*

Wie die Bürgermeister von San Francisco und Oakland in einer gemeinsamen Erklärung verlauten ließen, sollen die beiden Städte nicht nur wiederaufgebaut, sondern auch zusammengelegt und in Bay City umbenannt werden. Dies, so Bürgermeister Beagle, solle einen Neubeginn nach den verheerenden Anschlägen markieren.

Quelle: ›S. F. Daily Observer‹ (Archiv),  
20. September 2026

Als ob die, deren Angehörige und Freunde bei den Anschlägen gestorben sind, einfach alles vergessen könnten, nur weil die Städte und ihre Stadtteile jetzt anders heißen!

Quelle: Leserbrief an den ›S. F. Daily Observer‹ (Archiv),  
22. September 2026

Die Zerstörung der Stromnetze hat die wirtschaftlich prekäre Lage zusätzlich verschlimmert. Wer den nicht unbeträchtlichen Einmalbetrag zum Wiederaufbau der Netze nicht bezahlen konnte, wurde gar nicht erst wieder angeschlossen. Teile der Mittelschicht, die zwar den Anschluss bezahlt haben, können sich Strom manchmal nur stundenweise leisten. In den armen Gegenden hat heute kaum noch jemand einen legalen Stromzugang, wodurch landesweit

nachts ganze Straßenzüge im Dunkeln liegen – die sogenannten Dunklen Viertel.

*GlobalNet-Encyclopedia; Auszug aus ›Strom – ein Luxusgut‹*

»Alle reden immer nur von den Anschlägen, aber mal ehrlich, es geht dem ganzen Land beschissen, und unser wahres Problem ist die verdammte Stromversorgung! Ohne Saft werdet ihr nichts in den Griff kriegen! Sorgt endlich für bezahlbaren Strom, dann habt ihr auch keine Dunklen Viertel mehr, in die sich die Cops nicht reintrauen!«

*Ein aufgebrachteter Bürger während einer  
›Alle haben ein Recht auf Strom‹-Kundgebung  
in Washington D. C., Februar 2031*